

Sitzung Nr. 8 vom 30. Oktober 2012

Vorsitz	Boris Banga, Stadtpräsident
Anwesend	Alex Kaufmann Remo Bill Urs Wirth Alfred Kilchenmann (Ersatz) Daniel Trummer Aldo Bigolin (Ausstandspflicht Traktandum 2) Susanne Schaller (Ersatz für Aldo Bigolin Traktandum 2) Hubert Bläsi Renato Müller Reto Gasser (Ersatz) Ivo von Büren Marc Willemin Heinz Müller Thomas Marti Markus Böhi (Ersatz)
Entschuldigt	Clivia Wullimann Reto Mosimann Andreas Kummer
Anwesend von Amtes wegen	David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung Claude Barbey, Stadtbaumeister Per Just, Direktor SWG Daniela Monnier, Mitglied JUKO, Ressort Midnight Roger Kurt, Vorsitzender GLSG Robert Gerber, Leiter Sicherheits- u. Bereitschaftsdienste Kurt Boner, Leiter SDOL Esther Müller, Leiterin Personalamt Jacqueline Bill, SL Zentrum Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Stadtschreiberin- Stellvertreterin (Protokoll)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 20:15 Uhr

TRAKTANDEN (2632 - 2643)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 6 vom 14. August 2012
- 2 2632 **VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**
- 3 2633 **VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**
- 4 2634 Motion Fraktion SP: Unterstützung Vereinigung Spielgruppen durch die Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung
- 5 2635 Teilaufhebung "Spezieller Bebauungsplan Schmelzi" / GB Nr. 4792, 6061 u. Teil von GB Nr. 6285 / Genehmigung / Öffentliche Auflage
- 6 2636 Liegenschaften Stadt Grenchen: Strombezug / Produktwahl
- 7 2637 LR 2013 / 790.318.50 / 841.565.24 / Verdichtung in Grenchen / Studie der ETH Zürich / Budgetvorlage
- 8 2638 Antrag der Jugendkommission und der Planungsgruppe zur definitiven Weiterführung „Midnight Grenchen“ ab 2013
- 9 2639 Voranschlag 2013: Genehmigung des Voranschlages sowie Festsetzung des Steuerfusses und der Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe
- 10 2640 Sitzungsplan 2013
- 11 2641 Postulat Alexander Kaufmann (SP): Einführung Abonnement für Schwimmbadhalle
- 12 2642 Interpellation Markus Böhi (CVP): Auskunft neues Hauswartkonzept
- 13 2643 Mitteilungen und Verschiedenes

- 0 -

Das Protokoll der Sitzung Nr. 6 vom 14. August 2012 wird genehmigt.

- 0 -

**Stadt
Grenchen**

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates

Sitzung Nr. 8

vom 30. Oktober 2012

Beschluss Nr. 2632

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN

Motion Fraktion SP: Unterstützung Vereinigung Spielgruppen durch die Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung

1. Mit Datum vom 7. September 2012 reichte die SP-Fraktion folgende Motion ein (Erstunterzeichner: Urs Wirth):

1.1. Motionstext:

Die Vereinigung „Spielgruppen Grenchen“ soll künftig jährlich mit einem Betrag von Fr. 100.- pro betreutes Kind mit Wohnsitz in Grenchen unterstützt werden.

Begründung:

Die Spielgruppen Grenchen leisten einen wertvollen Beitrag im Bereich der frühen Förderung im Vorschulalter. Sie bieten den Kindern die Möglichkeit, sich in Sprache, Motorik und Sozialverhalten weiterzuentwickeln. Sie fördern ebenso die Integration von fremdsprachigen wie auch deutschsprachigen Kindern. Es ist an der Zeit, dieses Engagement auch finanziell mit einem jährlichen Defizitbeitrag zu unterstützen.

2. Begründung des Motionärs

2.1. Für Gemeinderat Urs Wirth ist unbestritten, dass die diversen Spielgruppen in Grenchen eine sehr wertvolle Arbeit bei Kindern im Vorschulalter leisten. Es ist an der Zeit, dass die präventive, zum Teil ehrenamtliche Arbeit einmal von der Stadt honoriert und unterstützt wird. Dem Gemeinderat muss es ein Anliegen sein, dass es solche Spielgruppen gibt und hier in Grenchen ihre Arbeit leisten. Aus diesem Grund hat er die Motion eingereicht, in der Hoffnung, dass die Spielgruppen, wenn sie einen finanziellen Zustupf erhalten, ihre Arbeit untereinander koordinieren, so dass man auch einen Steuerungsausschuss durch eine IG oder eine Vereinigung dieser Spielgruppen hätte. Was noch geregelt werden muss, wäre die Anerkennung einer Spielgruppe. Ab wann ist eine Spielgruppe eine Spielgruppe? Welche Kriterien muss sie erfüllen, welche Aufgaben hat sie? Dies müsste noch definiert werden im Sinne eines Reglements oder gewisser Bestimmungen. Die Stadt sollte ein Interesse daran haben, dass die Arbeit der Spielgruppen aufrecht erhalten werden kann.

3. Erläuterungen

Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung, gibt folgende Stellungnahme ab:

3.1. Im Jahr 2009 hat die Vereinigung der Spielgruppen Grenchen ein erstes Gesuch eingereicht, mit dem sie um einen jährlichen Beitrag bat.

Die Schulverwaltung erhielt den Auftrag, eine finanzielle Unterstützung via Integrationsprojekt ‚Frühe Förderung‘ der Repla Grenchen-Büren zu prüfen.

- 3.2. Der Gemeinderat hat am 23. März 2010 beschlossen, das Sprachförderprogramm Kon-Lab in den Kinderkrippen und den Spielgruppen der Stadt Grenchen in einem Pilotbetrieb von 4 Jahren einzuführen und die Spielgruppen für ausgewiesenen Arbeits-Mehraufwand jährlich mit einem Betrag von je Fr. 1000.— zu entschädigen. Die drei Spielgruppen der Vereinigung Spielgruppen Grenchen, Pinocchio, Mooswichteli und Ängubängu wenden das Sprachförderprogramm seit 2 Jahren regelmässig an und liefern der Schulverwaltung ein standardisiertes Reporting ab, aufgrund dessen die Auszahlung der Beiträge erfolgt. Das Departement des Innern des Kantons Solothurn unterstützt das Projekt während der Pilotphase finanziell.
- 3.3. Die Schulverwaltung arbeitet seit Jahren mit den Spielgruppen zusammen. Es finden periodische Treffen statt und die Zusammenarbeit bei der Ausschreibung der Plätze von Vorkindergarten und Spielgruppen ist institutionalisiert und abgestimmt.
- 3.4. Die Spielgruppen sind zusammen mit den KiTas und dem Vorkindergarten die Akteure der Frühen Förderung in Grenchen. Im SJ 11/12 wurden insgesamt 75 % aller Kinder im Alter von dreieinhalb bis viereinhalb Jahren durch diese Institutionen im motorischen, kognitiven und sprachlichen Bereich sowie auch in ihren sozialen Fähigkeiten gefördert.
- 3.5. Die Spielgruppen nehmen allerdings auch jüngere Kinder auf und somit beginnt die Förderung bereits im wichtigen Kleinkindalter. Wichtige Entwicklungsweichen werden schon in den ersten Lebensjahren gestellt. Viele Studien befassen sich mit den Erkenntnissen zur frühkindlichen Bildung und kommen zum Schluss, dass Kinder in den ersten Lebensjahren nicht nur zu hüten und zu betreuen, zu pflegen und zu erziehen, sondern auch zu bilden sind. Eines der Hauptargumente, das für frühkindliche Bildungsförderung spricht, ist das, dass in der Schweiz zu viele Kinder mit ungenügenden Kompetenzen eingeschult werden.
- 3.6. In den ersten Lebensjahren werden die kindlichen Kapazitäten ausgebildet und Investitionen sind deshalb besonders ertragreich. Auch der Aufbau von Kenntnissen und Fertigkeiten im Umgang mit der deutschen Sprache ist im frühen Alter nachhaltiger zu bewerkstelligen als später in der Schule.
- 3.7. Die Stadt Grenchen wird vom Bildungsraum Nordwestschweiz als Vorbild in der Frühen Förderung zu Präsentationen der Projekte eingeladen. Unsere Stadt hat sich hier in eine Vorreiterrolle begeben. Die Schulen können direkt davon profitieren, dass Kinder, die vor dem Kindergarten eine der genannten Institutionen besucht haben, bereits viele notwendige Fähigkeiten mitbringen. Ja, die Schule und damit vor allem der Kindergarten sind darauf angewiesen.
- 3.8. Ausser den Spielgruppen werden alle weiteren Akteure der Frühen Förderung von der Stadt Grenchen finanziell unterstützt: Alle KiTas und der Vorkindergarten. Ein Vergleich mit anderen Orten hat ergeben, dass Spielgruppen dort teils direkt finanziell unterstützt werden oder dass Raum zur Verfügung gestellt wird.
- 3.9. Es ist an der Zeit, dass auch die Spielgruppen in Grenchen Wertschätzung für ihre Arbeit erfahren.
- 3.10. Sicher wären vor einer Entscheidung die Bedingungen und Modalitäten einer finanziellen Beteiligung der Stadt Grenchen zu definieren.

- 3.11. Der Entscheid, ob die Motion erheblich erklärt werden soll, ist schliesslich eine politische Frage, die sie den Mitgliedern des Gemeinderats überlassen muss.

4. Diskussion

- 4.1. Reto Gasser, Ersatz-Gemeinderat, findet den Wert der Spielgruppen, wie ihn der Motionär Urs Wirth und jetzt Maya Karlen geschildert haben, absolut korrekt. Die FDP zweifelt keine Sekunde daran, dass die Spielgruppen etwas Gutes sind. Die Arbeit der zahlreichen Spielgruppenleiterinnen wird auch geschätzt. Sie leisten unzweifelhaft eine wichtige Aufgabe im Bereich von Integration, Schulung von Sozialverhalten etc. Dies wird nicht bestritten. Was macht man mit so einem Motionstext? Urs Wirth hat selbst gesagt, dass es noch ein Reglement bräuchte. Der FDP-Fraktion ist einerseits nicht ganz klar, wie das Geld verwendet wird, Sind das Löhne oder Infrastrukturkosten? Sie weiss andererseits auch nicht, wie man auf die 100 Franken pro Kind kommt Das kann auch variieren. Ihr ist auch nicht bekannt, wie hoch die gesamten Kosten ausfallen (Sprichwort Kostendach). Deshalb ist es für die FDP schwierig, die Motion heute erheblich zu erklären. Sie weiss nicht, was nachher noch kommt und letztlich der Gemeindeversammlung vorgelegt wird. Die FDP-Fraktion wäre einer finanziellen Förderung nicht abgeneigt, braucht aber mehr Informationen und allenfalls Details, welche dann in ein Reglement einfließen. Ohne diese Details kann die FDP nicht für Erheblichkeit der Motion votieren.
- 4.2. Gemeinderat Heinz Müller führt aus, dass sein Vorredner die wesentlichen Punkte auch seitens der SVP erwähnt hat, vor allem was die effektiven Kosten angeht. Dass noch ein Reglement fehlt, hat bereits der Erstunterzeichner vorgebracht. Was geschieht, wenn ein Kind die Spielgruppe nicht ein ganzes Jahr besucht? Auf die Gefahr hin, dass die SVP-Gemeinderäte wieder einmal die Bösen spielen müssen, die SVP will gar nicht darauf eingehen, wie sinnvoll Spielgruppen sein sollen – laut Maya Karlen sind leisten sie vorbildliche Arbeit. Aber das Anliegen ist politisch und finanziell fast ein wenig unanständig, wenn man daran denkt, dass man im Traktandum 11 ein Defizit von 2.7 Mio. im Budget 2013 hinnehmen muss. Angesichts dieser Tatsache zielt das Ganze für die SVP natürlich in die falsche Richtung. Deshalb lehnt sie die Motion ebenfalls ab. Sie könnte höchstens noch die Umwandlung in ein Postulat unterstützen, wenn dies gewünscht wird, damit man etwas auf dem Tisch hat und weiss, von welchen Zahlen man spricht. Vielleicht sieht dann auch das Budget wieder etwas anders aus.
- 4.3. Die CVP-Fraktion, so Gemeinderat Thomas Marti, wird die Motion nicht erheblich erklären. Nach Ausschaffung eines Reglements kann wieder über einen Beitrag diskutiert werden.
- 4.4. Reto Gasser schliesst sich Heinz Müller an und macht ebenfalls beliebt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Die FDP verfügt, um einen Beitrag von 100 Franken zu sprechen, über zu wenige Angaben. Mit einem Postulat kann das Ganze näher geprüft und verfeinert werden.
- 4.5. Urs Wirth, dankt für die grundsätzlich gute Aufnahme und die Anerkennung der wichtigen Arbeit der Spielgruppen. Selbstverständlich ist er bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, damit man die nötigen (Einscheidungs)-Grundlagen noch erarbeiten kann. Er hofft, dass der Gemeinderat dem Postulat auch mit solchem Goodwill und solchen Argumenten zustimmen wird.
- 4.6. Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

5. Beschluss

5.1. Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Vollzug: SV

SV
FV
RD

3.5.4 / acs

Teilaufhebung "Spezieller Bebauungsplan Schmelzi" / GB Nr. 4792, 6061 u. Teil von GB Nr. 6285 / Genehmigung / Öffentliche Auflage

Vorlage: BAPLUKB 7/17.09.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtbaumeister Claude Barbey erläutert anhand von Folien die Vorlage.

2. Eintreten

- 2.1. Die SVP-Fraktion, so Gemeinderat Marc Willemin, ist daran interessiert, dass bestehende Bebauungsflächen genutzt werden, und wird der Teilaufhebung zustimmen.
- 2.2. Gemäss Gemeinderat Remo Bill ist es wichtig, dass die vorhandenen Bebauungsflächen in Grenchen von Zeit zu Zeit überprüft werden. Das verdeutlicht das nachfolgende Beispiel: Der spezielle Bebauungsplan Schmelzi aus dem Jahr 1967 wurde aktuell, also 45 Jahre später, aufgrund städtebaulicher und wirtschaftlicher Kriterien untersucht. Das Ergebnis zeigt, dass eine Bebauung nach diesem Plan aus heutiger Sicht sehr unwahrscheinlich ist. Eine Aufhebung des speziellen Bebauungsplanes Schmelzi ist sinnvoll. Dies bestätigte auch das Kantonale Amt für Raumplanung. Eine qualitativ gute Bebauung und Verdichtung innerhalb dieses Siedlungsgebietes ist anzustreben. Als Grundnutzung für eine zukünftige Bebauung gelten die Bestimmungen der Wohnzone 3 Hang. Der Architektur ist besondere Beachtung zu schenken. Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt diesem Vorgehen zu.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Teilaufhebung des speziellen Bebauungsplanes Schmelzi, im Bereich nördlich der Bellevuestrasse, GB Nr. 4782, 6061 und teilweise 6285 wird zugestimmt.

- 4.2. Die Baudirektion wird beauftragt, die Teilaufhebung des speziellen Bebauungsplanes Schmelzi gemäss §15 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.
- 4.3. Sofern der Gemeinderat nicht über Einsprachen zu entscheiden hat, ist die teilweise Aufhebung des speziellen Bebauungsplanes Schmelzi nach erfolgter Auflage direkt dem Regierungsrat zur Genehmigung einzureichen.

Vollzug: BD

BD

7.9.1 / acs

Liegenschaften Stadt Grenchen: Strombezug / Produktwahl

Vorlage: BD/09.10.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Stadtbaumeister erläutert anhand einer Präsentation die Vorlage und gibt ergänzende Erläuterungen.
- 1.2. Per Just, Geschäftsleiter SWG, hat dem nichts beizufügen.

2. Eintreten

- 2.1. Obwohl die Stadt das Label Energiestadt hat, ist die CVP-Fraktion der Meinung, so Markus Böhi, Ersatz-Gemeinderat, dass momentan, auch wegen der heutigen Finanzlage, nicht die teuerste Variante gewählt werden soll. Die CVP plädiert für den goldigen Mittelweg. Momentan reicht das, wenn man auf das Stromprodukt 1 to 1 Energy erneuerbar wechselt. Wenn die Finanzlage in ein paar Jahren wieder besser ist, kann man sich einen Wechsel zum Stromprodukt regional überlegen. Die CVP ist auch der Ansicht, dass die Stadt, zusammen mit der SWG, den Differenzbetrag zwischen den beiden Stromprodukten besser in die Förderung von Projekten für erneuerbare Energie investieren sollte. Die CVP wird deshalb den Antrag stellen, dass zum jetzigen Zeitpunkt nur auf das Stromprodukt erneuerbar gewechselt wird.
- 2.2. Wie Reto Gasser, Ersatz-Gemeinderat, ausführt, trägt die Stadt Grenchen bekanntlich das Label Energiestadt. Man hat sich einmal dazu bekannt, deshalb bekennt auch er sich dazu. Es soll deshalb keine Diskussion dazu geführt werden. Die FDP ist der Ansicht, dass, wenn man schon die Wahl zwischen zwei Produkten hat, man für erneuerbare Energie einstehen soll und muss. Da gibt schon der Massnahmenkatalog der Energiestadt vor (Beilage zur Vorlage) Der Massnahmenkatalog Energiestadt sagt, dass man erneuerbare Energie beziehen muss. Ein Entscheid für das Stromprodukt 1 to 1 Energy Basis-Mix (hauptsächlich Atomstrom) kommt für die FDP von Vornherein nicht in Frage. Sie erachtet es nicht nur als Pflicht, sondern auch als sinnvoll, sich in der heutigen Zeit für erneuerbare Energie einzusetzen, sie zu fördern und sie auch entsprechend zu nutzen. Jetzt stehen betreffend erneuerbarer Energie zwei Stromprodukte zu Wahl: 1 to 1 Energy regional (teuerste Modell) und 1 to 1 Energy erneuerbar. Der FDP ist aufgefallen, dass der Preisunterschied zwischen beiden Modellen Fr. 34'000.00 beträgt. Da muss man sich schon fragen, was der etwas schwammige Begriff „regional“ bedeutet. Ist das bis Luterbach oder bis Rohrschach? Heute hört er zum ersten Mal, dass es im Oberland aufhört. Woher Claude Barbey diese Angaben hat, ist unklar.

Da man mit 1 to 1 Energy erneuerbar ebenso sauberen Strom hat wie mit 1 to 1 Energy regional und es erst noch billiger ist, wird auch die FDP-Fraktion für die mittlere Variante eintreten. Wie sein Vorredner wird sie den Antrag stellen, dass die Stadt Grenchen 1 to 1 Energy erneuerbar und nicht 1 to 1 Energy regional bezieht.

- 2.3. Laut Gemeinderat Marc Willemin wurde die Stadt Grenchen 2004 zur Energiestadt. Schon damals hat die SVP davor gewarnt, dass das Label Kosten verursachen wird. Es ist dann auch in jedem Jahr so eingetroffen. Auch diesmal lehnt man sich wieder an die Energiestadt und beantragt die teuerste Variante. Die SVP lehnt den Antrag der BAPLUK, das Stromprodukt 1 to 1 Energy regional zu wählen, ab, weil ihr bewusst ist, dass hier Steuerfranken ausgegeben werden. In Anlehnung an das Budget ist dies nicht die richtige Variante. Ihn nimmt wunder, ob es überhaupt möglich ist, so viel Strom aus erneuerbarer Energie zu produzieren und zu beziehen. Die AKWs laufen schliesslich immer noch. Da ist ja unbestritten. Wäre dies machbar, dann könnte man ja jetzt schon alle AKWs abstellen.
- 2.4. Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann wurde die Vorlage in der SP-Fraktion mit grossem Interesse diskutiert. Das Thema ist sicherlich kontrovers und kann von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Letztlich geht aber der Bezug resp. die Produktion von elektrischem Strom alle etwas an. Die SP-Fraktion ist der gleichen Meinung wie die BAPLUK und entscheidet sich klar für den zukünftigen Strombezug mit dem Modell 1 to 1 Energy regional gemäss Antrag und-Beschlussesentwurf. Die Stadt Grenchen, als zertifizierte Energiestadt mit Label, muss hier eine Vorreiter-Rolle übernehmen und mit gutem Beispiel voran gehen. Auch wenn zurzeit die Finanzen angespannt sind und überall ein Sparkurs gefahren wird. Es verhält sich ähnlich wie beim Bio-Gemüse; erst wenn der grösste Teil der Konsumenten auf die Bio-Produkte umsteigt und diese kauft, können die Preise in Zukunft auch gesenkt werden. Bei der vorgeschlagenen Variante 1 to 1 Energy regional unterstützt man u. a. bis zu 10 % Sonnenenergie aus regionalen Anlagen. Die SP-Fraktion unterstützt einstimmig die Vorlage mit den dazugehörigen Anträgen gemäss Beschluss.
- 2.5. Gemeinderat Ivo von Büren ist nach wie vor für die billigste Variante, nämlich das Stromprodukt 1 to 1 Energy Basis-Mix. Er hat dieses Modell auch für seine Firmen gewählt. Ihn würde interessieren, was die GR-Mitglieder, welche jetzt den teuren Strom kaufen wollen, privat angekreuzt habe. Hier bezahlt der Steuerzahler, deshalb kann man das Geld verschleudern.
- 2.6. Per Just räumt ein, dass es nicht gehen würde, wenn man die Versorgung mit 100% Photovoltaik aufrecht erhalten müsste. Man hat geschätzt, dass man 500'000 kWh Photovoltaik kaufen muss. Auch wenn mehr Kunden als erwartet, dass mittlere Produkt wählen würde, wäre es immer noch machbar. Aber eine Versorgung mit ausschliesslich erneuerbarer Energie ist zum heutigen Zeitpunkt nicht realistisch.
- 2.7. Gemeinderat Heinz Müller kündigt an, dass die SVP-Fraktion auf die Variante 1 to 1 Energy erneuerbar umschwenken wird (jährliche Mehrkosten Fr. 16'000.00). Im Berner Fussballstadion wurden die Dächer mit Photovoltaik ausgerüstet. Im Internet kann man sehen, wie viel Strom produziert wird. Gestern schien die Sonne, auch in Bern: Die Produktion war aber gleich Null, weil Schnee auf den Dächern lag! Wer heute an einen Ersatz mit Photovoltaik glaubt, kann weiterträumen. Die SVP ist für die mittlere Variante.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Ivo von Büren verzichtet auf einen Antrag zum Stromprodukt 1 to 1 Energy Basis-Mix.
- 3.2. Der Antrag von Markus Böhi (Stromprodukt 1 to 1 Energy erneuerbar) obsiegt gegen den Antrag gemäss Vorlage der Baudirektion resp. der BAPLUK (Stromprodukt 1 to 1 Energy regional) mit 9 : 6 Stimmen.

In der Schlussabstimmung ergeht mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und Enthaltungen, folgender

4. Beschluss

- 4.1. Die Stadt Grenchen entscheidet sich für das Stromprodukt 1 to 1 Energy erneuerbar.
- 4.2. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Produktwahl Mehrkosten gegenüber dem Budget 2013 verursachen könnte.

Vollzug: BD

BD
SWG
FV

8.7.2 / acs

LR 2013 / 790.318.50 / 841.565.24 / Verdichtung in Grenchen / Studie der ETH Zürich / Budgetvorlage

Vorlage: BD/05.10.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Stadtbaumeister Claude Barbey muss die Stadt Grenchen im Laufe der nächsten zwei Jahre mit den Arbeiten zur Ortsplanungsrevision beginnen. Für die Fragen der inneren Siedlungsentwicklung bzw. Verdichtung sind entsprechende Studien unabdingbar respektive für die Revision erforderlich. Diese Studien stellen für die Überarbeitung und Anpassung der Bau- und Zonenordnung wichtige Grundlagen dar.
- 1.2. Die Baudirektion und die Wirtschaftsförderung sind der Meinung, dass mit einer Semesterarbeit an der ETH eine einmalige Chance besteht, eine Fülle von kreativen Lösungen und Anregungen für die zukünftige Entwicklung der Stadt Grenchen zu erhalten. Die Arbeit entspricht voll den Zielsetzungen des Businessplan Grenchen und wird auch den Themen und Bestrebungen der Wirtschaftsförderung gerecht. Deshalb ist diesbezüglich ein Unterstützungsbeitrag zweckmässig.

2. Eintreten

- 2.1. Gemäss Gemeinderat Remo Bill wird in einer Sekunde in der Schweiz täglich ein Quadratmeter überbaut. Die Folge davon ist eine beängstigende Zersiedlung. Wenn man zum Beispiel mit dem Zug von Grenchen Richtung Zürich fährt, wird einem dies verstärkt bewusst. Die Agglomerationsgebiete rund um die Städte weiten sich aus. Wenn wir so weitermachen, entsteht im Mittelland eine „Grossstadt Schweiz“. Das kann und darf nicht das Erbe der heutigen Menschen für ihre Nachkommen sein. Es muss haushälterischer mit der Ressource Land umgegangen werden. Nachhaltige Entwicklung ist gefragt. Verdichten ist für jede Gemeinde in der Schweiz ein Muss. Die Anfrage vom Institut für Städtebau der ETH Zürich, das Erfahrung hat in der Planung und Analyse für ein solches Vorgehen, ist für die Stadt Grenchen ein Zeichen zur richtigen Zeit. Die Siedlungsentwicklung nach innen ist seit vielen Jahren ein zentrales Thema der Raumplanung. Für die kommende Ortsplanungsrevision 2013 /2014 ist die Frage der Verdichtung ein wichtiger Teilbereich. Eine geeignete strategische Planung sollte eine qualitative bauliche Entwicklung ermöglichen, ohne das bestehende Siedlungsgebiet noch weiter auszudehnen. Die Bebauungsfläche der Gemeinde Grenchen ist gegeben. Sie lässt sich nicht beliebig und endlos ausdehnen.

Die Vorleistungen durch das städtebauliche Institut der ETH sind eine wichtige fachliche Grundlage, um die Fragen der inneren Verdichtung anzugehen. Der Bruttoaufwand ist eine Vorinvestition für die planerische Ausrichtung der Stadt Grenchen und gut investiertes Geld für eine nachhaltige Entwicklung. Die SP Fraktion ist für Eintreten und stimmt diesem Vorgehen zu.

- 2.2. Die CVP, so Gemeinderat Thomas Marti, findet, dass mit der Studie „Visionen für qualitativ verdichtetes Wohnen in der Stadt Grenchen“ neue Ideen und gute Ansätze von Aussenstehenden für die Stadt eingebracht werden können. Mit der Semesterarbeit der Studenten der ETH Zürich besteht die Möglichkeit, gute, kreative Lösungen und Anregungen für die Entwicklung der Stadt Grenchen zu erhalten. Zudem erspart eine Semesterarbeit der Studenten der Baudirektion viel Zeit, Arbeit und Geld. Die CVP ist für Eintreten.
- 2.3. Laut Gemeinderat Aldo Bigolin hat die FDP die Vorlage mit Claude Barbey intensiv diskutiert und ist für Eintreten. Schon vor 20 Jahren während seines Studiums war die Verdichtung im Sinne einer haushälterischen Nutzung des Bodens ein zentrales Thema. Aktuelle Berichterstattungen und Fachliteratur der zuständigen kantonalen Raumplanungsämter bestätigen, dass diese bei zukünftigen Ortsplanungsrevisionen bezüglich Neueinzonungen eine restriktive Haltung einnehmen werden, was konkret heisst, dass sich die Gemeinden verstärkt mit Verdichtung auseinander setzen müssen. Aus seiner Sicht darf man das fast als ein Geschenk des Himmels betrachten, wenn sich die ETH Zürich mit 18 Studenten des Themas bezogen auf die Stadt Grenchen annimmt und so wertvolle Arbeit für die so oder so anstehende Ortsplanungsrevision leistet. Er ist jetzt schon auf die Resultate gespannt und vor allem darauf, wie sich die Studenten völlig unbeschwert, unbelastet und mit einer komplett neuen Aussensicht der Verdichtung der Stadt Grenchen annehmen werden.
- 2.4. Gemeinderat Marc Willemin erklärt, dass sich die SVP hier wieder mit einer Ausgabe konfrontiert sieht. Sie sieht aber den Sinn darin, dass das verdichtete Bauen gefördert werden muss und dies die Zukunft sein wird. Wenn man mit ehemaligen ETH-Leuten resp. ehemaligen Studenten spricht, erfährt man, dass diese damals noch gratis Studien verfasst haben. Hat sich dies zwischenzeitlich geändert und hat sich ein anderer Usus gebildet?
- 2.5. Claude Barbey nimmt an, dass die Zeiten, wo dies gratis war, schon ziemlich lange her sein muss. Die Stadt Grenchen hatte einmal etwas Ähnliches mit der Fachhochschule Burgdorf, welche sich mit dem Kunsthaus und seinen Möglichkeiten befasst hat. Diese haben das auch nicht ganz gratis gemacht. Soviel er weiss, bekommen die Studenten nichts, nur die Assistenten erhalten einen gewissen Beitrag für Reisen, Spesen. Was ein Semester effektiv kostet, dürfte wohl ein Mehrfaches sein. So hat man hier schon einen subventionierten Zustupf.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Für die Semesterarbeit „Vision für qualitativ voll verdichtetes Wohnen in der Stadt Grenchen“, des Lehrstuhls für Architektur und Städtebau an der ETH Zürich wird ein Nachtragskredit mit Bruttobetrag von CHF 26'000.- bewilligt (LR 790.318.50).
- 4.2. Aufgrund der Übereinstimmungen der Studie zum Businessplan der Stadt Grenchen werden CHF 10'000.- der Gesamtkosten dem Wirtschaftsförderungskredit (841.565.24) belastet. Vorgehalten bleibt die Genehmigung durch den Wirtschaftsrat vom 15. November 2012.
- 4.3. Die Aufwände der ETH Studie beinhalten auch die Kosten einer öffentlichen Ausstellung in Grenchen (ohne Lokalität).
- 4.4. Der Bruttoaufwand von CHF 36'000.- wird nach Abschluss der Semesterarbeit dem Konto OP Revision belastet.

Vollzug: BD, Wifö

BD
Wifö
FV

7.9.1 / acs

Antrag der Jugendkommission und der Planungsgruppe zur definitiven Weiterführung „Midnight Grenchen“ ab 2013

Vorlage: JUKO/18.10.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Daniela Monnier, Mitglied Jugendkommission, Ressort Midnight, ist es zwei Jahre her, dass Midnight gestartet ist. Das Projekt hat sich in dieser Zeit gut entwickelt und sich relativ gut etabliert. Viele Jugendliche sind „Wiederholungstäter“ und kommen gerne wieder ins Midnight. Dank der ISG/Lindenhaus hat man jetzt eine Lösung gefunden, damit Midnight lokal übernommen und weitergeführt werden kann. Ab dem Sommer 2013 hat man Überlegungen angestellt, wer das Projekt in Grenchen übernehmen und wie man es weiterführen könnte. Es ist dann gelungen, mit der ISG/Lindenhaus mit der Unterstützung im administrativen Bereich der Schulverwaltung, das Ganze umzusetzen. Im Verlauf der Arbeiten hat man auch mit der Stadt einen konstruktiv kritischen Austausch gepflegt, so dass man das Budget 2013 auf Fr. 25'000.00 kürzen konnte. Die Jugendkommission wird das Ganze beobachten und die Stunden aufschreiben lassen, um zu schauen, ob man das Budget allenfalls noch kürzen kann. Midnight ist ein Jugendförderungs- und Präventionsprojekt. Der Mehrwert, der Nutzen, welcher dieses Angebot den Jugendlichen am Samstagabend bietet, ist von allen Institutionen anerkannt. Sie wünscht sich den Jugendlichen der Stadt Grenchen, dass Midnight in der Stadt Grenchen, welche sich auch für das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ interessiert, auch den entsprechenden Stellenwert genießt und mit diesem Angebot für die Jugendlichen weitergefahen werden kann.
- 1.2. Gemäss Bruno Meier: Co-Präsident ISG/Lindenhaus, hat der Gemeinderat eine ausführliche Vorlage erhalten. Er dankt Daniela Monnier für die grosse Arbeit, welche sie bei der Ausarbeitung der Vorlage geleistet hat. Die ISG möchte noch zwei, drei Punkte näher beleuchten. Die ISG hat im Prinzip die Aufgabe nicht gesucht, sie wurde an sie herangetragen, weil man dachte, dass eine Anbindung von Midnight an die ISG am einfachsten und am günstigen wäre. Die zusätzlichen Arbeiten können von der Sozialarbeiterin und der Kassierin nicht im Rahmen der normalen Lindenhaus-Arbeitszeit geleistet werden, was letztlich bedeutet, dass das Ganze auch etwas kostet. Der angegebene Zeitaufwand basiert auf den Erfahrungszahlen der letzten Jahre von Karolina Durrer, Stiftung idée:sport, welche das Projekt bisher strategisch geleitet hat. Er macht darauf aufmerksam, dass die geplanten Stunden noch keine ausbezahlten Stunden sind. Ausbezahlt werden die Stunden, welche mittels Tätigkeitsrapport ausgewiesen werden. Die Stiftung idée:sport stellt den Midnight-Gemeinden ein idée:network (so genanntes worknet) an.

Auf der gemeinsamen Arbeitsoberfläche, auf der alle Projekte geführt und verwaltet werden, gibt es Arbeitsvorlagen, findet Austausch statt und werden Projektideen weitergegeben. Die Jugendkommission kann z.B. jederzeit, wenn sie es wünscht, sehen, welche Person wie lange gearbeitet hat. Die Dienstleistungen von idée:sport werden heute bereits von den Leuten genutzt. Der ISG ist es wichtig, dass die Schulverwaltung mindestens als Projektunterstützung im administrativen Sinn mitwirkt. Bruno Meier hat letzten Samstag den Midnight Anlass besucht. Um 19.45 Uhr kam die Projektleiterin. Bis um 23.30 Uhr ging die Veranstaltung. Wenn also alles gut geht, kann die Verantwortliche vor Ort um 00.00 Uhr, wenn alles aufgeräumt ist, ins Auto steigen und nach Hause fahren. Sie arbeitet damit 4,5 Stunden und erhält einen Lohn von Fr. 120'00 und das an einem Samstag! Das zeigt auf, dass die Personen, die sich dort engagieren, nicht dort arbeiten, um reich zu werden, sondern weil sie hinter der Sache stehen. Bezüglich des Reportings gab es Stimmen, welche meinten, dass man dies einmal pro Vierteljahr machen könnte. Das möchte er als Präsident des Lindenhauses nicht. Die ISG will wissen, wie es läuft. Dass man etwas weniger Aufwand betreiben kann, ist ihm klar. Es ist aber sehr wichtig, dass die ISG als Institution weiss, wie die ganze Sache marschiert. Im Gemeinderat vom 31. März 2011 haben drei von vier Fraktionssprechern betont, wie wichtig es ist, die Reportings zu erhalten. Ein Gemeinderat hat sogar gesagt: „Was das Kosten-Nutzen-Verhältnis betrifft, ist es eine sehr gute finanzielle Investition.“ Man wird jetzt sicher in der neuen Runde überlegen, ob man sie noch an so viele Adressaten verteilen will. Weil man nicht weiss, ob die Budgetzahlen für die zwei ISG-Mitarbeiterinnen stimmen, will man eine Testphase von einem Jahr, welche im Januar anfängt und während der die ISG von der idée:sport begleitet wird. Danach wird man die Zahlen mit idée:sport und der Jugendkommission auswerten, damit man für das Jahr 2014 besser planen kann. Er hofft, dass der Gemeinderat dann den Kredit nicht kürzen will, sonst wird die Weiterführung von Midnight für die Leute schwierig.

2. Eintreten

- 2.1. Gemäss Vize-Stadtpräsident Hubert Bläsi läuft das Projekt bereits zwei Jahre. Die FDP stützt die Anträge der Jugendkommission, was gleichzeitig auch die Wertschätzung, welche sie diesem Projekt gegenüber hat, ausdrücken will. Eine der Begründungen für Midnight ist, dass man die Jugendlichen von der Strasse weg haben will. Viel wichtiger ist der FDP aber, dass man der Altersgruppe der 13- bis 17-Jährigen etwas Sinnvolles bieten kann, da es für sie nur wenige Möglichkeiten gibt, um am Abend in den Ausgang zu gehen. Deshalb ist ein solches Angebot wie Midnight eine gute Sache. Der FDP ist aufgefallen, dass sich die Sportvereine relativ dürftig für das Angebot interessieren. Sie möchte deshalb beliebt machen, dass nochmals ein Versuch mit den Vereinen gestartet wird. Er erinnert an den Ferienpass oder an den Schulsport, wo dies funktioniert. Es wäre schön, wenn man die Leute mit ins Boot nehmen könnte, damit die Attraktivität noch ein bisschen gesteigert werden könnte. Auch die Schule als wichtige Werbepattform wird erwähnt. Hier würde er vorschlagen, dass die Projektverantwortlichen in jedem Schulkreis an einer Sitzung eine Sequenz buchen, damit sie den Lehrpersonen zumindest optisch erscheinen und mitteilen könnten, was das Anliegen von Midnight ist. Die Lehrpersonen erhalten viel Werbung für Veranstaltungen. Wenn ein Anlass noch persönlich untermalt ist, ist dies ein Vorteil.

Die ISG verdient das Vertrauen, sie hat bewiesen, dass sie in vielen Belangen der Jugendarbeit reüssieren kann. Er zweifelt nicht daran, dass es auch hier gelingt. Er ist überzeugt, dass die ISG das Geld für das Projekt sparsam einsetzen wird. Man hat heute Abend erlebt, dass ein anderer Wind weht. Man kann nicht mehr so freigiebig wie in den guten Zeiten sein. Jetzt ist man gezwungen, zwischendurch den Sparhebel anzusetzen. Er wünscht dem Projekt gutes Gelingen und hofft, dass die ISG Erfolg hat. Denen, welche viel Arbeit geleistet haben, dankt er bestens.

- 2.2. Gemeinderat Thomas Marti erklärt, dass die CVP-Fraktion die Vorlage unterstützt und der ISG und der Schulverwaltung für die Bereitschaft dankt, das Projekt weiterzuführen. Die CVP ist für Eintreten.
- 2.3. Die SVP, so Gemeinderat Ivo von Büren, steht Midnight auch positiv gegenüber. Ihm ist aufgefallen, dass er fast jede Woche eine E-Mail erhält, welche relativ lang und ausführlich ist. Er nimmt nicht an, dass diese E-Mails gelesen werden. Seiner Ansicht nach könnte man die Abendberichte reduzieren und noch eine E-Mail mit einer Zusammenfassung pro Monat verschicken. Dies ist aber seine Einschätzung, er weiss nicht wie dies seine Kollegen sehen. Man könnte sich auch Arbeit ersparen, wenn man nicht jede Woche einen Bericht schreiben müsste. Er überlässt es aber der ISG, wie sie sich organisiert. Die SVP ist für Eintreten und stimmt der Vorlage zu.
- 2.4. Alfred Kilchenmann, Ersatz-Gemeinderat, führt aus, dass auch die SP für Eintreten ist. Sie findet , dass die Weiterführung des Midnight Projektes Sinn macht. Es ist sinnvoll eingesetztes Geld. Sie wird die Anträge gemäss Vorlage unterstützen.
- 2.5. Gemeinderat Alexander Kaufmann hat noch eine Bemerkung zum Reporting: Er fand die Abendberichte am Anfang auch ausführlich und lang. Wenn man sie aber liest und sieht, was an einem Abend alles abläuft, ist es eben schon sehr interessant. Es herrscht nicht immer „Friede, Freude, Eierkuchen“, wie man vielleicht meint. Wenn man sieht, was die Verantwortlichen mit diesen Jugendlichen mitmachen, ist es schon bewundernswert, wie sie mit ihnen umgehen. Vor allem auf dieses Ergebnis kommt es an. Dadurch wird auch aufgezeigt, dass die Midnight-Verantwortlichen gute Arbeit leisten. Gerade das ist absolut unterstützenswert.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat stimmt der Weiterführung von Midnight Grenchen zu. Die strategische Leitung und die Buchhaltung/personelle Administration werden durch die ISG/Lindenhaus übernommen, die administrative Unterstützung wird durch die Schulverwaltung sichergestellt.
- 4.2. Ab 2013 sind zu Lasten 540.365.03 – Midnight Projekte Fr. 25'000.00 zu budgetieren. Die ISG erstellt z. H. der Finanzverwaltung eine jährliche Abrechnung. Nicht verwendete Beiträge werden mit der nächstjährigen Beitragszahlung verrechnet. Vorbehalten bleibt wie üblich die Genehmigung des jährlichen Budgets.

- 4.3. Die Schulen Grenchen gestatten 2x pro Jahr eine Werbeaktion in der Schule. Sei es in der Klasse oder auf dem Pausenplatz. Die Einzelheiten werden durch die Schulverwaltung koordiniert.
- 4.4. Ein erneuter Antrag an den GR ist nicht mehr nötig. Die strategische Leitung entscheidet in Zukunft gemeinsam mit der Jugendkommission über alle Belange in Sachen Midnight.
- 4.5. Die Stadtkanzlei wird beauftragt, mit der ISG eine entsprechende Vereinbarung abzuschliessen.

Vollzug: JUKO, KZL, ISG

Vorstand ISG Lindenhaus, Herr Bruno Meier, Quartierstrasse 17, 2540 Grenchen
JUKO
SV
SDOL
FV
Stapo

3.3 / acs

Voranschlag 2013: Genehmigung des Voranschlages sowie Festsetzung des Steuerfusses und der Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe

Vorlagen: Voranschlag 2013 für den Gemeinderat

Protokoll Gruppenberatungen 03. und 04.09.2012

FV/29.10.2012: Korrekturen Budget 2013 zuhanden des Gemeinderates

Vorlagen der Verwaltungsabteilungen

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik, ist das vorliegende Budget 2013 das Resultat der Eingaben der Abteilungen und der Gruppenberatungen. Das Budget 2013 schliesst mit einem Budgetdefizit von 2.7 Mio. Franken ab. Auch für nächstes Jahr stechen wiederum die höheren Ausgaben für Soziale Wohlfahrt von rund 1.4 Mio. Franken und die höheren Bildungskosten von ca. 0.7 Mio. Franken hervor. Dem gegenüber können die Finanzerträge und Steuern nur um 1.1 Mio. Franken erhöht werden. Das Ergebnis im Voranschlag 2013 ist demzufolge um rund eine Million Franken schlechter als im Voranschlag 2012.

Ein paar Worte zur allgemeinen Wirtschaftslage: Mit einer Rezession ist dank der immer noch starken Inlandkonjunktur nicht zu rechnen. Auch der Druck auf die EURO-Untergrenze scheint etwas nachgelassen zu haben. Für das Gesamtjahr 2012 erwartet das Seco ein moderates BIP-Wachstum von 1.0%. Damit hält sich die Schweizer Wirtschaft trotz unverkennbarer Abschwächung im europäischen Quervergleich weiterhin noch gut.

Die Einschätzung vom Seco für 2013 bleibt fast unverändert. Unter der Voraussetzung, dass es eine Stabilisierung von der Wirtschafts- und Finanzlage im Euroraum gibt, dürften sich die Perspektiven für die Exportwirtschaft aufhellen und der Schweizer Konjunkturmotor wieder Fahrt aufnehmen. In einem solchen Szenario wird für 2013 ein Jahreswachstum von 1.4% prognostiziert.

Die Einschätzung des Steuerertrags, insbesondere der juristischen Personen ist bekanntlich immer ein schwieriges Unterfangen. Auch für 2013 wird das nicht einfacher: Die aktuellen kurz- bis mittelfristigen Prognosen der Firmen sind immer noch mehrheitlich positiv. Für längerfristige Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung kann sich jeder selbst ein Bild machen und einen Blick in diese bekannte Kugel wagen.

- 1.2. Der Voranschlag zuhanden der Gruppenberatungen hat noch einen Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung von 5.3 Mio. Franken vorgesehen.

In zweitägigen Verhandlungen konnte dieses Defizit dank Minderaufwendungen von 3.0 Mio. Franken und wegen Mindererträgen von 0.4 Mio. Franken auf 2.7 Mio. Franken reduziert werden. Zu erwähnen ist hier allerdings, dass in den Minderaufwendungen die Reduktion der Abschreibungen VV + FV von 0.7 Mio. Franken enthalten sind.

Das so korrigierte Defizit fällt somit um ca. 0.2 Mio. Franken höher aus, als das der verabschiedete Finanzplan für das Jahr 2013 vorgesehen hat. Die detaillierten Budgetkorrekturen der Gruppenberatungen können den Korrekturlisten aus den Gruppenberatungen entnommen werden.

Seit den Gruppenberatungen bis zur heutigen Sitzung sind noch ein paar kleine Korrekturen erfolgt, welche das Ergebnis z.T. noch wesentlich verändern. Die wichtigsten Korrekturen sind hier aufgeführt:

- | | |
|---|---------------------|
| - Reduktion der Lehrersubventionen auf 19 % | - 0.55 Mio. Franken |
| - Reduktion Lektionen Musikschule | + 0.07 Mio. Franken |
| - Verzicht Abschreibungen Liegenschaften FV | + 0.38 Mio. Franken |

Die Veränderungen sind im vorliegenden Budget bereits enthalten.

Weitere kleinere Anpassungen sieht man in der verteilten Korrekturliste, welche die Finanzverwaltung in den letzten Wochen noch nachgeführt hat. Die Korrekturen auf der Liste sind im Budget noch nicht enthalten.

Damit kommt David Baumgartner zu den Ergebnissen des Budgets 2013, wie sie sich zusammengefasst präsentieren:

1.3. Übersicht

1.3.1. Laufende Rechnung

- Bei einem totalen Aufwand von 101.1 Mio. Franken und total Erträgen von 98.4 Mio. Franken beträgt in der Laufenden Rechnung der Aufwandüberschuss rund 2.7 Mio. Franken und fällt damit im Vergleich zum Vorjahresbudget rund 1.1 Mio. Franken schlechter aus. Da muss noch erwähnt werden, dass ohne die Auflösung des Liegenschaften-Fonds (welcher für Defizite eingesetzt werden kann) im 2012 ebenfalls ein Defizit von 2.7 Mio. Franken bestanden hätte.
- Die höheren Ausgaben für Soziale Wohlfahrt, höhere Bildungskosten bzw. tieferen Subventionen und andere Kostenerhöhungen konnten mit den höheren Erträge und Steuern nicht kompensiert werden. Damit das gleiche Ergebnis wie 2012 erreicht werden konnte (ohne Berücksichtigung vom Liegenschaften-Fonds), mussten weitere Sparmassnahmen durchgeführt werden. Der Liegenschaftensfonds steht für 2013 nicht mehr zur Verfügung.
- Die Abschreibungen von lediglich 8% auf dem Verwaltungsvermögen (ohne die Abschreibungen aus Vorfinanzierung) sind im Ergebnis mit 2.8 Mio. Franken enthalten. Daraus ergibt sich ein Bruttoüberschuss von 0.1 Mio. Franken, also praktisch gleich wie 2012.

tiert). Die Abschreibungen auf den Liegenschaften des Finanzvermögens sind ebenfalls wegen des Defizits vollständig gestrichen. Das kann aber nur aufgrund der aktuell gültigen Bewertung der Liegenschaften und Grundstücke vorgenommen werden.

1.5. David Baumgartner läutert die wesentlichen Abweichungen zum Budget 2012:

1.5.1 Aufwand

- Der Gesamtaufwand nimmt im Vergleich zum Voranschlag 2012 um 0.5 Mio. Franken zu.

Personalaufwand (neue Stellen: AIS 75%, SDOL 225%, Katasteramt -100%)

- Bei den Besoldungen des Verwaltungspersonals sind Mehraufwendungen von 0.2 Mio. Franken für Neueinstufungen, Pensenerhöhungen bzw. neue Stellen zu verzeichnen.
- Bei den Besoldungen der Lehrer beträgt der Mehraufwand rund 0.1 Mio. Franken für eine zusätzliche Kleinklasse und diverse Pensenanpassungen.

Sozialleistungen

- Wegen höheren Einkäufen in die Pensionskassen für angehende Rentner und Einkäufe wegen höheren Einstufungen sind die Sozialleistungen 0.5 Mio. Franken höher als im Vorjahresbudget.

Sachaufwand

- Der Sachaufwand nimmt um rund 0.3 Mio. Franken ab, hauptsächlich wegen tieferen Honoraren und Dienstleistungen sowie tieferen Energie- und Unterhaltskosten.

Passivzinsen

- Aufgrund der immer noch sehr tiefen Refinanzierungsmöglichkeiten und trotz höherem Finanzierungsbedarf fallen die Passivzinsen um 0.1 Mio. Franken tiefer aus als im Vorjahr.

Abschreibungen

- Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen fallen mit 0.4 Mio. Franken weg. Mit der Reduktion der Abschreibungen von 10% auf 8% im Verwaltungsvermögen fallen weitere 0.3 Mio. Franken weg. Total also 0.7 Mio. Franken weniger als 2012.

Entschädigungen an Gemeinwesen

- Die tieferen Schulgelder für den auswärtigen gymnasialen Unterricht von 0.1 Mio. Franken, tiefere Schuldgelder an Gemeinden und die HPS von 0.2 Mio. Franken und höhere Beiträge an die SDOL für Sozialhilfe und Verwaltung von 0.5 Mio. Franken sind Ursache der Mehraufwendungen von 0.2 Mio. Franken.
- Höhere Beiträge an den Kanton für Ergänzungsleistungen (0.6 Mio. Franken) Beiträge, für OeV (0.3 Mio. Franken), an den Beitrag für die Pflegefinanzierung von 0.1 Mio. Franken einerseits und tiefere diverse Beiträge inkl. Finanzausgleich (0.4 Mio. Franken) andererseits ergeben total Mehraufwendungen von 0.6 Mio. Franken.
- Die Verrechnungen bleiben unverändert wie im 2012.

1.5.2 Ertrag

Die Abnahme vom Ertrag um 0.6 Mio. Franken beruht vorwiegend auf tieferen Beiträgen, Entgelten und der Entnahme aus den Spezialfinanzierungen (Auflösung Liegenschaftsfonds im Vorjahr). Der Mehrertrag durch den um 1.8 Mio. Franken höheren Steuerertrag kann diese Mehrbelastungen aber nicht vollumfänglich kompensieren.

- Auf den Steuerertrag kommt David Baumgartner später nochmals zurück.
- Die tieferen Beiträge von 0.9 Mio. Franken beinhalten primär die Lehrersubventionen, welche ab 2013 von 23% auf 19% reduziert werden.

1.5.3 Steuerertrag (siehe Beilage 1)

1.5.3.1 Juristische Personen

Bei den Juristischen Personen bleibt der Steuerfuss bei 122 %. Die prognostizierte Erhöhung beträgt gegenüber dem Voranschlag 2012 1.5 Mio. Franken und gegenüber der Rechnung 2011 0.2 Mio. Franken und wird für 2013 mit total 16.5 Mio. Franken veranschlagt.

- Aufgrund der aktuellen Wirtschaftsprognosen und der eingeholten Auskünfte bei den grössten juristischen Steuerzahlern wurde der Steuerertrag geplant. Bei den Firmenkontakten hat sich gezeigt, dass sich die Auswirkungen des harten Schweizer Franken für exportorientierte Firmen noch nicht negativ in den Büchern niedergeschlagen hat und die Auftragssituation, insbesondere in der Uhrenindustrie, nach wie vor sehr gut ist. Die Finanzverwaltung ist darum optimistisch, dass der geplante Steuerertrag für die juristischen Personen auch im 2013 erreicht werden kann. Zusätzlich ist anzumerken, dass aber einzelne Firmen Gewinnwarnungen für nächstes Jahr platzieren.

1.5.3.2 Natürliche Personen

Bei den Natürlichen Personen bleibt der Steuerfuss unverändert bei 124 %. Basierend auf den aktuell eingeschätzten Steuern 2011 und den Wachstumsprognosen vom Seco von derzeit immer noch 1 bis 1.4% für 2013, plant die Finanzverwaltung Steuererträge mit einer geringen Zunahme für das Budget 2013. Unter dieser Annahme ergibt sich für das Budget 2013 ein leicht zunehmender Steuerertrag von 41.2 Mio. Franken.

1.5.3.3 Die übrigen Steuern werden mit 0.5 Mio. Franken budgetiert.

Gestützt auf dem Informationsstand und mit dem Insiderwissen wird für 2013 ein gesamter Steuerertrag von 58.2 Mio. Franken erwartet. Im Voranschlag 2012 waren es noch 56.4 Mio. Franken.

1.6. Investitionsrechnung

- Die Kreditbewilligungen für neue Objekte, welche demnächst realisiert werden, finden sich auf Seite 106 des aufliegenden Voranschlags 2013. Netto sollen 3.2 Mio. Franken Kredite bewilligt werden.

1.6.1 Investitionsbudget

Das Investitionsbudget umfasst die im nächsten Jahr geplanten Ausführungen der bewilligten Objekte bzw. des entsprechenden Zahlungsbedarfs für diese Projekte. Details finden die GR-Mitglieder auf Seite 108-109 des Voranschlags.

- Die ordentlichen Investitionen ins Verwaltungsvermögen zu Lasten der Steuern betragen netto 6.4 Mio. Franken.
- Zu Lasten der Spezialfinanzierungen sind Investitionen von netto 1.1 Mio. Franken geplant. Die Spezialfinanzierungen werden über Gebühren finanziert und betreffen die Abwasser- und die Abfallbeseitigung.
- Ins Finanzvermögen werden netto 0.6 Mio. Franken investiert, insbesondere für energetische Sanierungen in die Liegenschaft am Hirtenweg 2 für rund 0.5 Mio. Franken.

1.6.2 Die wesentlichen Investitions-Objekte im Verwaltungsvermögen sind:

- Informatik Verwaltung und Schulen	0.4
- Sicherheitsdienste: Fensterersatz	0.2
- Schulhaus 1, Fassadensanierung	0.3
- Schulhaus Eichholz, Gesamtsanierung	3.9
- Beitrag Stiftung Velodrome Suisse	1.0
- Diverse Strassen und öfftl. Beleuchtung Niklaus Wengi-Strasse	0.3

1.6.3 Abwasserbeseitigung (Spezialfinanzierung) 1.1

Gesamtsanierung Wiesenstrasse / Alpenstrasse	0.4
Lerchenweg, Witmattstrasse: Vergrösserung Kanalisation und Ausbau Trennsystem	0.8

1.6.4 Abfallbeseitigung (Spezialfinanzierung) 0.0

Keine geplanten Investitionen für 2013

1.7. Entwicklung der Nettoverschuldung und des Eigenkapitals

Die Entwicklung der Nettoverschuldung bzw. des Nettovermögens ist aus Beilage 2 ersichtlich.

1.7.1 Nettovermögen

Aufgrund der geplanten hohen Investitionen und des tiefen Bruttoüberschusses im 2013 wird das Nettovermögen per Ende 2013 in eine Nettoverschuldung von 4.9 Mio. Franken mutieren.

1.7.2 Eigenkapital (Beilage 3)

- Das Eigenkapital reduziert sich per Ende 2013 um das geplante Budgetdefizit 2013 von 2.7 Mio. Franken auf 28.0 Mio. Franken.
- Das Eigenkapital von CHF 28.0 Mio. steht für die Abdeckung allfälliger Budgetdefizite der kommenden Jahre zur Verfügung und ist trotz des Defizites von 2.7 Mio. Franken immer noch ein gutes Eigenkapital.

1.8. Zusammenfassung der wichtigsten Zahlen (Beilage 4)

- Bei einem Cash Flow von 0.1 Mio. Franken und Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 2.8 Mio. Franken resultiert ein Aufwandüberschuss 2.7 Mio. Franken.
- Bei Ausgaben von 9.5 Mio. Franken und Einnahmen von 2.0 Mio. Franken in der Investitionsrechnung resultieren Nettoinvestitionen von 7.5 Mio. Franken.
- Da nur 0.1 Mio. Franken aus eigenen Mitteln finanziert werden können, müssen neue Schulden von 7.4 Mio. Franken eingegangen werden, damit die Nettoinvestitionen von 7.5 Mio. Franken finanziert werden können.
- Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt noch gerade 1 %.

1.8.1 Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Resultat der laufenden Rechnung im Wesentlichen geprägt ist von der Pflegefinanzierung (seit 2012) von 1.4 Mio. Franken, dem anhaltenden Wachstum im Sozialhilfebereich bzw. Ergänzungsleistungen AHV/IV und dem tieferen Kantonsbeitrag für die Lehrerbessoldungen.

Der vorliegende Voranschlag ist nach Einschätzung von David Baumgartner dank der immer noch guten finanziellen Ausgangslage vertretbar.

Die Gemeinderatskommission hat im Sommer 2012 in einer 1. Lesung einen Massnahmenkatalog für verschiedene Sparmassnahmen diskutiert und für jede einzelne Sparmassnahme die weiteren Schritte beschlossen. Die verschiedenen Massnahmen werden nach weiteren Beratungen und Beschlüssen direkte Auswirkungen haben auf die Laufende Rechnung.

Sparmassnahmen sind nötig, damit mittelfristig wieder mindestens ausgeglichene Rechnungen erreicht werden können. Darum wird man gezwungen sein, auf der Ausgabenseite die Kosten zu senken und/oder auf der Ertragsseite die Erträge zu erhöhen. Sollte die Wirtschaft in den nächsten Jahren einbrechen (was hoffentlich nicht eintritt) bzw. die Steuerträge, insbesondere die der juristischen Personen einbrechen würden, würde das massivere und wahrscheinlich auch unpopulärere Massnahmen zur Folge haben!

1.8.2 Ganz zum Schluss möchte David Baumgartner den Ratsmitgliedern noch eine Grafik (Beilage 5) zeigen, auf der die grössten Kostenentwicklungen funktional dargestellt werden: Die senkrechten Linien zeigen jeweils die Kosteneinheiten. Jede Linie bedeutet 5 Mio. Franken. Daraus wird schnell ersichtlich, dass die Bildung mit Abstand der grösste Kostenblock darstellt. Jeder Block zeigt 4 Zeitpunkte auf: Der unterste Balken ist die Rechnung 1991, der zweitunterste Balken ist das Jahr 2001, also 10 Jahre später, der zweitoberste Balken ist das Jahr 2011, also nochmals 10 Jahre später. Der oberste Balken zeigt das Budget 2013 bzw. 2 Jahre Veränderung seit 2011.

Somit werden die grössten Kosten für Bildung per Ende 2013 innert 12 Jahren um ca. 5.3 Mio. Franken oder rund 1/3 zugenommen haben. Als Vergleich: In den 10 Jahren von 1991 bis 2001 haben die Bildungskosten lediglich rund 0.8 Mio. Franken zugenommen.

Die Kosten für Soziale Wohlfahrt werden sich nahezu verdoppelt haben. Die werden in den letzten 2 Jahren um 3.1 Mio. Franken zugenommen haben.

Da scheinen die Kosten in den anderen Abteilungen fast unterzugehen. Obwohl sich beispielsweise die Kosten für Gesundheit in den letzten 12 Jahren verdreifacht haben oder um rund 1.1 Mio. Franken zunehmen werden.

Die kleine Zahlenspielerei zum Abschluss der Präsentation zeigt aber auch auf, dass solche Kostenentwicklungen nicht mehr in diesem Stil weitergehen dürfen! Denn sie sind schlicht weg nicht mehr finanzierbar! – Es versteht sich von selbst, dass nur leicht steigende oder sogar rückläufige Steuererträge solche grossen Kostenexplosionen nicht nachhaltig finanzieren können.

- 1.8.3 David Baumgartner bittet den Gemeinderat, auf den Voranschlag 2013 einzutreten.
- 1.9. Stadtpräsident Boris Banga dankt dem Finanzverwalter und seinen Mitarbeitenden, den Abteilungsvorstehern und –vorsteherinnen sowie der mitberatenden GRK-Delegation für die intensive Arbeit. Die Stadt Grenchen kämpft mit Problemen, welche nicht hausgemacht sind. Bedauerlicherweise führt dies dazu, dass Sachen geopfert werden müssen, welche zur Attraktivität der Stadt beitragen würden.

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderat Renato Müller erklärt, dass sich im August bei der Beratung des Finanzplanes 2013-2017 bekanntlich eine unerfreuliche Finanzentwicklung abgezeichnet hat. Für die Erarbeitung des Voranschlag 2013 sind also alle vorgewarnt gewesen und haben gewusst, was zu tun ist. Die ersten Budgeteingaben der Verwaltungsabteilungen sind in den Gruppenberatungen zusammen mit der GRK erheblich gekürzt worden. Mit Kreditkürzungen und Streichungen ganzer Budget- bzw. Investitionspositionen durch alle Verwaltungsbereiche hindurch ist das ursprüngliche ausgewiesene Defizit 2013 von Fr. 5.7 Mio. um Fr. 3.0 Mio. reduziert worden. Der heute zur Diskussion stehende Voranschlag 2013 mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 2.7 Mio. schliesst Fr. 0.5 Mio. unter der Finanzplanprognose - und das nimmt die FDP anerkennend zur Kenntnis. Die ermahnenden Worte und der Sparappell anlässlich der Finanzplanbehandlung sind angekommen. Der sinnvolle Sparwille ist vorhanden und erkennbar. Das ist eine gute Voraussetzung, um den eingeschlagenen Weg fortzuführen und den Geldmittelbedarf im Gemeindehaushalt 2013 und in Zukunft wieder und wieder zu überprüfen und alle vertretbaren Sparmöglichkeiten auszuschöpfen. Die Kostentreiber, insbesondere neue Stellen, Pensenaufstockungen, Sozialhilfe, Pflegefinanzierung und andere mehr sind bekannt. Mehr und mehr prägen auch höhere Abgaben an den Kanton und tiefere Beiträge vom Kanton das Budgetergebnis. Da helfen dem Voranschlag 2013 auch die gegenüber dem laufenden Jahr höher budgetierten Gesamtsteuereinnahmen von Fr. 1.8 Mio. nicht wirklich viel. Die FDP hat in ihrer Fraktions-Sitzung den Voranschlag 2013 unter den gegebenen Rahmenbedingungen als noch annehmbar eingestuft und teilt somit die Wahrnehmungen der Finanzverwaltung. Unter den gegebenen Voraussetzungen wird der Spardruck aber weiterhin zunehmen und die Stadtverwaltung und alle Verantwortlichen müssen sich diesen Herausforderungen bzw. dieser Verantwortung stellen. Mit dieser klaren finanzpolitischen Erwartungshaltung für die Zukunft wird die FDP-Fraktion auf den Voranschlag 2013 eintreten und den vorliegenden Anträgen zustimmen.

- 2.2. Gemeinderat Heinz Müller dankt David Baumgartner namens der SVP recht herzlich für seine Arbeit sowie für sein Referat und hofft, dass auch die Stimmbürgerinnen und –bürger an der GV zahlreich erscheinen, damit sie dessen Präsentation auch genießen können. Was den Voranschlag 2013 betrifft, muss man nicht ins Jammern verfallen. Es geht der Stadt grundsätzlich gut: man nimmt mehr Geld als letztes Jahr ein und hat mehr Ertrag als letztes Jahr. Man hat es einfach nicht geschafft, den Aufwand tiefer als die Einnahmen zu halten. Deshalb ist ein Defizit von 2.7 Mio. Franken zu verzeichnen. Er verweist auf das Blatt der Finanzverwaltung mit den Budget-Korrekturen. Bei der Beratung des Aufgaben- und Finanzplanes am 14. August 2012 (GRB 2615./14.08.2012) hat er Folgendes gesagt: *„Die SVP geht davon aus, dass es David Baumgartner gelungen ist, die Brisanz des Finanzplans seinen Abteilungsvorsteherkollegen rüberzubringen, so dass sie so viel Anstand haben, nicht mit Budgets zu kommen, welche höher als letztes Jahr, sondern eher tiefer sind.“* Er weiss auch aus der kantonalen FIKO, dass gewisse Aufwendungen vom Kanton oder der Gemeinde nicht beeinflusst werden können. Wenn er das Resultat der Gruppenberatungen sieht, weiss er nicht, ob er die Gruppenberatungen resp. die GRK-Delegation rühmen oder die Abteilungsvorsteher rügen soll, weil sie mit solchen Budgets dahergekommen sind. Die Gruppenberatungen haben tatsächlich bezüglich der Eingaben der Abteilungen 56% eingespart. Dies war nicht gerade im Sinne der Forderung der SVP. Wenn man 56% einsparen kann, haben die Abteilungen kein Recht, solche Budgets einzugeben. Das ist mittlerweile korrigiert. Ein Kostenfaktor ist die Bildung mit einer exorbitanten Zunahme von 5 Mio. Franken in gut 12 Jahren. Dafür kann die Stadt nichts. Das wird vom Kanton aus gesteuert. Nächste Woche berät der Kantonsrat den „Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes“. Darin sind viele Massnahmen, welche die Bildung betreffen. Er hat bereits im August im Gemeinderat erwähnt, dass man keine Kosmetik mehr betreiben kann, sondern nun Amputationen vornehmen muss. Er hofft, dass der Kantonsrat die Kraft haben wird, ebenfalls gewisse Sache zu eliminieren. Die Gruppenberatungen haben ihre Arbeit verrichtet. Der Gemeinderat wird nun den Voranschlag durchgehen. Viel zu korrigieren gibt es nicht mehr. Die SVP wird aber ganz sicher nicht auf das Ergebnis der Gruppenberatungen zurückkommen und noch etwas Neues aufnehmen. Sie wird den Voranschlag gemäss Vorlage genehmigen.
- 2.3. Die CVP, so Gemeinderat Thomas Marti, nimmt Kenntnis vom Voranschlag 2013 und dankt der Finanzverwaltung und allen Beteiligten für ihre Arbeit bei der Erstellung des Voranschlages. Die CVP ist für Eintreten und wird bei der Detailberatung noch Anträge stellen.
- 2.4. Wie Gemeinderat Urs Wirth anmerkt, dankt auch die SP-Fraktion den Verwaltungsabteilungen, insbesondere der Finanzverwaltung für ihre gute Arbeit. Er möchte auf die Gruppenberatungen zurückkommen. Man ist für zwei Tage zusammengekommen, um einen gewissen Betrag einzusparen. Sowohl die Gruppenmitglieder als auch die Verwaltungsabteilungen waren gefordert, diesen Betrag zu erreichen. Es waren sehr gute und konstruktive Verhandlungen. An dieser Stelle möchte er allen Abteilungen ein Kränzchen winden, dass sie Bereitschaft gezeigt haben, Einsparungen vorzunehmen, und auch Sparwillen an den Tag gelegt haben. Es ist aber klar, dass jeder für seine Abteilung kämpft - mindestens für das Notwendigste. Der Gemeinderat wird kaum annehmen, dass die Aufgaben in nächster Zukunft sinken werden. Der Aufgabenbereich der Gemeinden wird in vielen Bereichen noch zunehmen.

Was die Stadt in Zukunft im Bereich der Sozialhilfe, Sicherheit und Bildung wird bewältigen müssen, wird noch gewaltig sein. Es ist nicht davon auszugehen, dass man die Finanzen mit Pflasterlisparmassnahmen in den Griff bekommen wird. Wahrscheinlich muss man auch einmal über endogene Einflüsse sprechen, über Sachen, welche die Gemeinde gar nicht beeinflussen kann, sondern nur durchzuführen hat. Hier möchte er insbesondere die Kantonrätinnen und Kantonräte auffordern, ein Auge darauf zu haben, dass die Gemeinden ihre Finanzen im Lot behalten können. Wenn man bedenkt, dass im Bildungsbereich der Subventionssatz von 23 % auf 19 % sinkt, dann ist das happig - und solche Sachen kommen vom Kanton, wenn man bereits im Budgetprozess drinsteckt! Das ist nicht einfach. Die Verwaltungsabteilungen haben gezeigt, dass sie den Willen zum Sparen haben. Das Ziel, welches sich die Gruppenberatungen zu Beginn gesetzt haben, wurde erreicht und zwar in einem höflichen Ton und in einer erfreulichen Art und Weise. Es liegt heute ein Budget vor, hinter dem die SP-Fraktion stehen kann und das im Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt Grenchen vertretbar ist. Die SP-Fraktion wird mit einem Antrag dem Budget so zustimmen.

- 2.5. Boris Banga dankt für die gute Aufnahme. Der Staatsanteil der Lehrerbesoldung ist nicht nur falsch, sondern auch ungerecht. Wenn die Stadt Grenchen gleich behandelt würde wie z.B. Biberist, Trimbach und Zuchwil, dann könnte man die Steuern um 10 Prozentpunkte senken.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

Stadtpräsident Boris Banga verweist eingangs auf das Korrekturblatt zum Voranschlag 2013 zuhanden des Gemeinderates. Insbesondere weist er den Gemeinderat noch speziell auf folgende Anträge bzw. Stellungnahmen hin:

- BD/15.10.2012: Budget 2013 / Protokoll Gruppenberatungen / Abklärungen und Anträge der Baudirektion
- AGöVB/06.09.2012: Umgestaltung Bahnhofplatz Süd

Der Voranschlag 2013 wird Seite für Seite durchgegangen, und es werden folgende Anträge gutgeheissen bzw. abgelehnt:

3.1. Laufende Rechnung

- 3.1.1. Konto 300.366.00 (Standortmarketing, Kultur und Sport / Kultur-, Nachwuchsförderungs-Preis Stadt/Region Grenchen) und Konto 340.317.40 (Sport / Sportlerehrung)

- 3.1.1.1 Gemäss Markus Böhi, Ersatz-Gemeinderat, muss man diese beiden Konten zusammen betrachten. Die CVP ist der Meinung, dass Personen sowohl von Kultur und als auch von Sport, die sich für aussergewöhnliche Leistungen verdient gemacht haben, jedes Jahr durch die Stadt geehrt werden sollten. Deshalb schlägt sie vor, dass diese zwei Anlässe zusammengeführt werden, denn man kann Personen, ob sie sich beim Sport oder in der Kultur verdient gemacht haben, gleichzeitig ehren. So kann man auch Synergien nutzen. Man sollte vielleicht die Messlatte für eine Ehrung auch etwas höher legen. Er beantragt deshalb die Aufnahme eines Kredites von Fr. 10'000.00 für den Kultur-, Nachwuchsförderungs-Preis Stadt/Region Grenchen sowie die Kürzung des Kredites für die Sportlerehrung von Fr. 18'000.00 um Fr. 8'000.00 auf Fr. 10'000.00.

- 3.1.1.2 Boris Banga macht darauf aufmerksam, dass die Gruppenberatungen in Abstimmung mit dem SMKS beschlossen haben, nächstes Jahr den Kultur- und Nachwuchsförderungs-Preis nicht auszurichten. Der Antrag der CVP widerspricht den Planungen.
- 3.1.1.3 Gemeinderat Daniel Trummer unterstützt den ersten Teil des Antrages von Markus Böhi. Dass die Verleihung des Kultur-, Nachwuchsförderungs- und Anerkennungspreises gemäss Gruppenberatungen nur noch alle zwei Jahre stattfinden soll, stört ihn. Es ist ein Eingriff in die Kompetenzen der Kulturkommission. Es gehört zum Pflichtenheft der KUKO, Nachwuchsförderungs- und Anerkennungspreise auszurichten und der GRK einen Kulturpreis vorzuschlagen. An der GRK ist es dann, beantragten Kulturpreis zu genehmigen oder nicht. Er findet es nicht richtig, wenn man das jetzt in einen Zweijahresmodus umwandelt. Dazu kommt noch, dass nicht jedes Jahr jeder Preis verliehen worden ist. Es geht um Kulturförderung, aber ebenfalls um Jugendförderung in dieser Vorlage. Daniel Trummer beantragt, einen Kredit von Fr. 20'000.00 (analog Voranschlag 2012) im Budget aufzunehmen.
- 3.1.1.4 Boris Banga weist darauf hin, dass Angela Kummer, Präsidentin KUKO, nicht mehr im Ratssaal anwesend ist. Seiner Ansicht nach bricht die CVP mit der Zusammenlegung dieser zwei Anlässe hier etwas übers Knie. Es könnte programmässig problematisch sein, neben einem Geigenkonzert noch Kunstflieger und Gewichtheber zu haben.
- 3.1.1.5 Stadtschreiberin Luzia Meister ist der Auffassung, dass man die Zusammenlegung von Kulturpreis und Sportlerehrung grundsätzlich diskutieren kann. Die betreffenden Stellen müssten aber zuerst überlegen, was es bedeutet, ob es überhaupt Sinn macht und allenfalls eine schöne, gute Kombination möglich wäre. Es ist sicher nicht schlau, jetzt auf die Schnelle zu sagen, dass dies die Lösung von morgen ist. Wenn der Gemeinderat der Ansicht ist, dass die Kulturpreisverleihung alljährlich durchgeführt werden soll, müsste man prüfen, wie man ohne entsprechend wachsende finanzielle Mittel auskommt.

Beschluss: Die Aufnahme eines Kredits von Fr. 20'000.00 für den Kultur-, Nachwuchsförderungs-Preis Stadt/Region Grenchen (Konto 300.366.00) wird mit 14 : 1 Stimmen abgelehnt.

Beschluss: Der Antrag, die Sportlerehrung und die Kulturpreisverleihung zusammenzulegen, wird mehrheitlich mit 3 Gegenstimmen und Enthaltungen, abgelehnt.

3.1.2. Konto 350 (Allgemeine Freizeitgestaltung)

- 3.1.2.1 Laut Markus Böhi reichte die CVP Grenchen am 4. März 2011 eine Petition mit über 1000 Unterschriften ein, mit der Bitte an die Stadt, die alte Bergstrasse (inkl. Chäsweg) ab Wintersaison 2011/2012 schlittelgängig zu präparieren. Am 13. Dezember 2011 gab der Gemeinderat der Petition mit 11 zu 4 Stimmen Folge. Seither hat der CVP-Vorstand nichts mehr gehört. Es kann nicht sein, dass in diesem Winter wiederum nichts passiert! (GRB 2551/13.12.2011). Aus diesem Grund beantragt die CVP; einen Betrag von Fr. 12'000.00 unter dem Konto Allgemeine Freizeitgestaltung aufzunehmen. Und zwar für die Präparierung des längst fälligen Schlittelweges auf der alten Bergstrasse (inkl. Chäsweg). Der Betrag setzt sich einerseits zusammen für den Kauf eines Spurgerätes (für an den Quad der Skilift AG), andererseits für die Aufwendungen für die Präparierungen vom Personal der Skilift AG.

- 3.1.2.2 Stadtbaumeister Claude Barbey orientiert, dass Grenchen Tourismus wegen Haftungsfragen ein juristisches Gutachten in Auftrag geben hat. Dort kam zum Vorschein, dass die Stadt, wenn sie einen Schlittelweg betreibt und signalisiert, in erhebliche Pflicht bezüglich Haftung kommt. Der Verfasser des Gutachtens sitzt im Saal. Es ist ein erhebliches Risiko vorhanden. Die Stadt sollte sich gut überlegen, ob sie das durchsetzen will. Es wurden Haftungsprobleme aufgedeckt, welche noch vertieft werden müssen.
- 3.1.2.3 Boris Banga macht beliebt, Markus Böhi zu versprechen, dass das Ganze über einen Nachtragskredit abgewickelt wird und die Baudirektion mit einer Vorlage zHd. Gemeinderat kommt, wo diese Fragen behandelt werden.
- 3.1.2.4 Markus Böhi fragt sich, wie es sein kann, dass man den Schlittelweg auf den Bettlachberg besser präparieren will, und das auf privater Basis.
- 3.1.2.5 Eine Privater, so Boris Banga, geht nach einem Unglücksfall halt in Konkurs. Das kann ein Gemeinwesen nicht.
- 3.1.2.6 Reto Gasser, Ersatz-Gemeinderat, ist nicht in der Lage, die Folgekosten zu beziffern. Haftbar gemacht werden können der Betreiber oder Wegeigentümer resp. der Grundstückseigentümer. Solange nicht klar ist, wer letztlich haftet (Stadt Grenchen, Skilift AG, Bürgergemeinde), sollte man noch mit der Umsetzung zuwarten und zuerst die juristischen Fragen klären. Er verweist auf einen Fall, wo ein Unglück auf einer Mountainbike-Stecke passierte und keine Haftpflichtversicherung vorhanden war. Dort gelangte man mit einer Millionenklage an die Betreiber. Da noch zahlreiche Fragen im Raum stehen (wer betreibt es, wer versichert sich?), kann man nicht mit Sicherheit sagen, dass Fr. 12'000.00 im Budget genügen.
- 3.1.2.7 Boris Banga rät Markus Böhi, den Antrag zurückzuziehen. Die Baudirektion wird mit der Ausarbeitung einer Vorlage beauftragt.
- 3.1.2.8 Markus Böhi verlangt, dass die Baudirektion endlich vorwärts macht und die Sache anpackt.
- 3.1.2.9 Gemäss Claude Barbey hat jetzt auch Markus Böhis Parteikollege, Gemeinderat Andreas Kummer, schwerwiegende Bedenken.
- 3.1.2.10 Der sollte gut bedenken, so Boris Banga, lässt sich nicht mit einem Budgetkredit in Betrieb setzen. Er fordert die CVP auf, eine Motion einzureichen.
- 3.1.2.11 Claude Barbey verspricht, das Geschäft voranzutreiben.
- 3.1.3. Konto 650.434.00 (Regionalverkehr / Verkäufe SBB-Tageskarten)
- 3.1.3.1 Markus Böhi hat die Gewinne angeschaut, welche in den letzten Jahren für den Verkauf auf der SBB Tageskarten erzielt wurden, und festgestellt, dass die recht hoch sind:
- 2006 = 5'305.00 (Startjahr)
 - 2007 = 12'970.00
 - 2010 = 15'690.00
 - 2011 = 13'850.00

Deshalb fragt sich die CVP: Muss dieses Angebot, das speziell für die Einwohner von Grenchen ist, wirklich einen solch hohen Gewinn erwirtschaften? Reicht es nicht, dass es mindestens selbsttragend sein muss?

Dieses Angebot wird allgemein sehr geschätzt, deshalb versteht die CVP nicht, warum der Verkaufspreis von jetzt Fr. 40.00 auf Fr. 46.00 angehoben wird. Es könnte auch passieren, dass mit dem neuen Verkaufspreis viel weniger Karten abgesetzt werden. Was dann? Auch wenn die SBB die Gebühr für die SBB Tageskarten für das nächste Jahr erhöhen, kann noch ein Gewinn von ca. Fr. 4'250.00 erwartet werden (berechnet mit den Verkaufszahlen 2011). Der CVP ist auch bekannt, dass für den Verkauf keine administrativen Aufwendungen berücksichtigt werden. Deshalb stellt sie folgenden Antrag: Der Verkaufspreis der SBB Tageskarten wird auf Fr. 40.00 belassen, der Ertrag wird wie im Budget 2012, mit 90'000.00 eingesetzt.

- 3.1.3.2 Boris Banga betont, dass Änderungen der Richtlinien zur Abgabe von SBB-Tageskarten in den Kompetenzbereich der GRK fallen. Es ist nicht möglich, via Budgetantrag, den Verkaufspreis zu senken. Man kann auch nicht von einem „Gewinn“ sprechen, da weder die Overhead- noch die Arbeitskosten drin enthalten sind.
- 3.1.3.3 Laut Luzia Meister verursacht die Bewirtschaftung der SBB-Tageskarten beträchtliche Arbeit. Was als so genannter Gewinn herauschaut, ist ein Beitrag für die Arbeitskosten. Es handelt sich hier nicht um ein kostendeckendes Geschäft, sondern um ein Goody an die Grenchner Bevölkerung, weitere SBB-Fahrten zu unternehmen. Mehr ist da nicht.
- 3.1.3.4 Gemeinderat Heinz Müller erkundigt sich nach der Auslastung.
- 3.1.3.5 Luzia Meister führt aus, dass man einen Auslastungsgrad von ca. 95% hat.
- 3.1.3.6 Markus Böhi gibt zu bedenken, dass bei einer Preiserhöhung eventuell die Auslastung geringer ausfallen könnte
- 3.1.3.7 Dann könnte man, so Boris Banga, dann auch Stellenprozente abbauen. Die Personalkosten sind, wie bereits erwähnt, nicht drin enthalten.
- 3.1.3.8 Gemäss Luzia Meister werden auch die Tageskarten der SBB zum Halbtaxabo ab 9. Dezember 2012 teurer. Somit ist die Gemeinde-Tageskarte immer noch attraktiv. Für Änderungen des Reglements ist alleine die GRK zuständig.
- 3.1.3.9 Boris Banga macht Markus Böhi nochmals darauf aufmerksam, dass er nicht über das Budget ein Reglement ändern kann.
- 3.1.3.10 Markus Böhi hält an seinem Antrag fest.

Beschluss: Die Kürzung der Einnahmen von Fr. 95'000.00 um Fr. 5'000.00 auf Fr. 90'000.00 (infolge Senkung des Verkaufspreises der Tageskarte von Fr. 46.00 auf Fr. 40.00) wird mit 13 : 2 Stimmen abgelehnt.

3.2. Investitionsrechnung

3.2.1 Keine Wortmeldungen.

3.3. Festlegung Steuerfuss

3.3.1 Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

4.1 Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung:

4.1.1 Der Voranschlag der Stadt Grenchen für das Jahr 2013 wird genehmigt.

4.1.2 Der Steuerfuss für das Jahr 2013 wird für die natürlichen Personen auf 124 % und für die juristischen Personen auf 122 % der einfachen Staatssteuer festgelegt.

4.1.3 Die Feuerwehrdienstpflicht-Ersatzabgabe wird für das Jahr 2013 auf 10 % der einfachen Staatssteuer festgelegt. Minimum und Maximum richten sich nach dem Gebäudeversicherungs-gesetz und den Ausführungsbestimmungen dazu.

4.1.4 Die Verwaltungsabteilungen sind gehalten, bei der effektiven Kreditbeanspruchung weitere Einsparungsmöglichkeiten anzustreben und insbesondere die tatsächliche Notwendigkeit von Anschaffungen jeweils eingehend abzuklären.

Vollzug: FV

Beilagen:

- Folie 1: Steuerertrag
- Folie 2: Entwicklung Nettoverschuldung / Nettovermögen
- Folie 3: Entwicklung Eigenkapital
- Folie 4: Finanzkennzahlen
- Folie 5: Vergleich Nettoaufwand funktionale Gliederung (Rechnungen 1991, 2001, 2011 sowie Budget 2013)

GV
Kommissionen
Abteilungsvorsteher/innen

9.2.1.6 / acs

Sitzungsplan 2013

Vorlage: KZL/18.10.2012

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Laut Anne-Catherine Schneeberger, Stadtschreiberin-Stv. legt der Gemeinderat gemäss § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Grenchen vom 23. Oktober 2001 jeweils im Spätherbst die Sitzungsdaten für das kommende Jahr fest. Die monatliche Sitzungskadenz des Gemeinderates hat sich bewährt, wobei den Schulferien, den Feiertagen und den Sessionen des Kantonsrates Rechnung zu tragen ist.

2. Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Sitzungsplan 2013 des Gemeinderates wird beschlossen.

Vollzug: KZL

Beilage: Sitzungsplan 2013

Kantonsräte Grenchen-Bettlach
Kommissionspräsidien
Abteilungsvorsteherinnen
Schulleiter/innen
Geschäftsleitung Schulen Grenchen
SWG
Bürgergemeinde
Kirchgemeindeverwaltungen
Parteisekretariate
Lindenhaus
Sekretariat IHVG
Sekretariat GVG
Parktheater
Hauswarte
Medien

0.1.2 / acs

Postulat Alexander Kaufmann (SP): Einführung Abonnement für Schulschwimmhalle

1. Mit Schreiben vom 30. Oktober 2012 reicht Alexander Kaufmann (SP) folgendes Postulat ein:

1.1. Postulatstext:

Das Angebot der offenen Schulschwimmhalle Grenchen wird von der Bevölkerung rege genutzt. Für Schwimmer, welche über das Jahr hindurch ihren Sport ausüben wollen, ist die Benützung der Schulschwimmhalle die ideale Ergänzung zu unserem Gartenbad. Aber auch Familien mit ihren Kindern schätzen das Angebot über die kalte Jahreszeit.

Aus der Bevölkerung wurde uns darum das Anliegen anvertraut, anstelle der jeweiligen Einzeleintritte, doch auch Saison-Abonnemente, wie man es vom Gartenbad her kennt, einzuführen.

Ich bitte die Verwaltung um folgende Abklärungen:

- 1. Abklärung der Möglichkeit, nebst den bisherigen Einzeleintritten, neu Saison-Abonnemente einzuführen (Var. 1)*
- 2. Zusätzlich ist zu prüfen, das Abonnement der Schulschwimmhalle in Kombination mit dem Saison-Abonnement des Gartenbades anzubieten (Var. 2)*
- 3. Aufzeigen der anfallenden Mehrkosten für die Verwaltung bei Einführung beider Varianten*
- 4. Voraussichtlicher Kaufpreis der Abonnemente für den Käufer*

Wir sind der Meinung, dass diese Ergänzung ein weiterer Beitrag zum bereits bestehenden, attraktiven Freizeit-Angebot wäre.

2. Über die Erheblichkeit des Postulats wird an der nächsten oder übernächsten Ratsitzung abgestimmt.

SV
BD
FV

3.4.1 / acs

Interpellation Markus Böhi (CVP): Auskunft neues Hauswartkonzept

1. Mit Datum vom 30. Oktober 2012 reicht Markus Böhi (CVP) folgende Interpellation ein:

1.1. Interpellationstext:

An der Gemeinderatssitzung vom 16. November 2010, Beschluss Nr. 2436, wurde das neue Hauswartkonzept genehmigt. Es wurde klar von allen Parteien gefordert, dass das neue Konzept einer einjährigen Testphase untersteht und es in dieser Zeit verfeinert und definitiv ausgearbeitet wird. Es wurde auch gefordert, und in der Vorlage selber auch erwähnt, dass nach einem Jahr ein Erfahrungsbericht zuhanden des Gemeinderates erfolge.

Da nun seit der Genehmigung beinahe zwei Jahre verstrichen sind, bitten wir das Stadtpräsidium in diesem Zusammenhang um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Warum wurde bis jetzt dem Gemeinderat noch kein Erfahrungsbericht vorgelegt?*
- 2. Hat man jetzt ein Arbeitsinstrument, das man bei allen Hauswarts-Diensten der Stadt Grenchen anwenden kann, so dass alle die gleichen Vorgaben und Richtlinien haben?*
- 3. Wurde das Projekt durch die Projektleiterin Frau Sarbach während der einjährigen Testphase begleitet?*
- 4. Können nun alle Hauswarte hinter dem neuen Hauswartkonzept stehen?*
- 5. Dem Gemeinderat war es dannzumal auch ein Anliegen, dass alle Hauswarte bei einer und derselben verantwortlichen Stelle unterstellt sind. Wie weit sind diese Abklärungen?*

2. Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

SV
PA
BD

2.7.0.0 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

1. Reglement Kindertagesstätten vom 21. 4. 2009, Tarif

- 1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister zeigt anhand einer Folie (siehe Beilage 1), dass sich im Tarif (Anhang I) ein Tippfehler eingeschlichen hatte (vgl. Beilage zum GRB 2203 vom 21.4.2009). Unter „2. Effektive Betreuungsgebühren“ sollte in der 6. Zeile in der Spalte Juli 389 statt 289 stehen.
Dem Tarif liegt ein Rechnungsmodell zu Grunde, das mit steigendem Einkommen steigende Tarife ergibt. Da es sich klar um einen blossen Tippfehler handelt, ist dieser in den Reglementen mit sofortiger Wirkung zu korrigieren. Es betrifft nur den Monat Juli; die Korrektur wird damit erstmals für den Juli 2013 zur Anwendung kommen.

2. Massnahmenplan 2013 zur Erreichung eines mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes, Botschaft und Entwurf RR vom Mai 2012: Schreiben Stadtkanzlei Grenchen betreffend Abbau Amtsstellen in Grenchen und räumliche Konzentration der Amteibehörden in Solothurn

- 2.1. Im Hinblick auf die KR-Session vom 6./7. November 2012 hat die Stadtkanzlei ein Schreiben an die Kantonsrätinnen und Kantonsräte verfasst. Stadtpräsident Boris Banga liest den GR-Mitgliedern den diesbezüglichen Brief vor (siehe Beilage 2).

Beilagen:

Beilage 1: Anhang I: Tarif für die Kindertagesstätten der Stadt Grenchen

Beilage 2: Schreiben KZL „Grenchen wieder ins Abseits gedrängt“ an KR/innen vom 30.10.2012